

# Ein Jahr mit politischen Knacknüssen

**ZUG Am Dreikönigstag stellt die CVP des Kantons jeweils ihre politische Agenda vor. Dominierendes Thema sind auch dieses Jahr die Finanzen.**

HARRY ZIEGLER  
harry.ziegler@zugerzeitung.ch

Neben der Erklärung des Zuger CVP-Nationalrats Gerhard Pfister als Präsident der CVP Schweiz kandidieren zu wollen, stand die kantonale Politik im Zentrum (siehe auch Seite 3 in dieser Ausgabe). Traditionellerweise stellt die CVP des Kantons Zug am Dreikönigstag ihre politische Agenda fürs neue Jahr vor. Im Vordergrund stehen werden heuer wieder Finanzthemen, wie CVP-Fraktionschef Andreas Hausheer (Steinhausen) betonte. Konkret sprach Hausheer das Entlastungsprogramm 2015 bis 2018 das Projekt Finanzen 2019 oder die Überarbeitung

des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) an. Ziel sei auch, weiterhin «klare Positionen bei zentralen Fragen» zu beziehen, so der Fraktionschef. «Ich wage zu behaupten, dass 2015 die CVP wohl die geschlossenste Fraktion im Kantonsrat war.» Schliesslich sei es auch die CVP gewesen, die den Kanton Zug vor einem budgetlosen Zustand bewahrt habe. Zug hätte sich im Falle einer Ablehnung des Budgets in eine Reihe mit den Kantonen Luzern und Schwyz gestellt. Was laut Hausheer sicher ein falsches Zeichen gewesen wäre. Für Hausheer sei die Kantonsratsdebatte mit der Abstimmung übers Budget etwas, was er in seinen Jahren als Kantonsrat noch nie erlebt habe. «Über das Budget musste mit Namensaufruf abgestimmt werden.» Die Polparteien rechts und links hätten bedenkenlos einen budgetlosen Zustand in Kauf genommen.

## Mundart und Verwaltungsreform

An der kommenden Kantonsratssitzung wird sich die CVP-Fraktion gemäss Andreas Hausheer vor allem mit der Mundartinitiative der SVP beschäftigen.

Bei der Initiative geht es darum, dass im Kindergarten und in einigen Fächern der Primarschule der Unterricht ausschliesslich in Mundart erfolgen soll. Dieser Vorschlag ist der CVP zu radikal.

**«Vielleicht wird die SVP in dieser Frage gescheiter und schwenkt auf den Gegenvorschlag ein.»**

ANDREAS HAUSHEER,  
FRAKTIONSCHIEF CVP

«Der von der CVP mit eingereichte Gegenvorschlag ist weniger radikal», so Hausheer. Danach gäbe es auch Platz für den Gebrauch der Standardsprache, wenn sich dieser anbietet. Hausheer rechnet damit, dass es in dieser Frage zu einer Volksabstimmung kommt. «Es sei denn, die SVP wird in dieser Frage

vielleicht gescheiter und schwenkt auf den Gegenvorschlag ein.»

## Reform als Chance

Nicht ganz unwichtig ist für den Fraktionschef die Verteilung der Direktionen im Nachgang zur Regierungsrats-Ersatzwahl vom 17. Januar. «Es wäre sicher gut, wenn ein Regierungsrat, der länger als die laufende Legislatur im Amt bleiben will, die Finanzdirektion übernimmt», erklärte Hausheer. Eine weitere politische Baustelle und gleichzeitig eine Chance für den Kanton macht Andreas Hausheer bei der vom Regierungsrat angestossenen Regierungs- und Verwaltungsreform aus. «Das Wichtigste an diesem Projekt ist, dass die jetzigen teils festgefahrenen Strukturen mit dem teils sehr ausgeprägten «Gärtlidenken» der Direktionen endlich kritisch hinterfragt und aufgebrochen werden können.» Noch nicht von akuter Relevanz aber ist die Frage, «ob es dann in der neuen Struktur letztlich 5 oder 7 Regierungsratsmitglieder sein werden». Weitere Schwerpunkte der politischen Arbeiten werden verschiedene Baupro-

jekte bilden, unter anderem die Frage nach einer Kantonsschule mit Standort Cham. Oder das Raumordnungskonzept, in dem auch kontroverse Vorschläge wie eine Reduktion der Anzahl Gemeinden diskutiert werden.

## Rücktritt Ende Februar

Zu Wort kamen an der Dreikönigskonferenz der CVP neben Andreas Hausheer und Nationalrat Gerhard Pfister auch Parteipräsident Martin Pfister und Noch-Regierungsrat und Ständerat Peter Hegglin. Während Parteipräsident Martin Pfister auf die vergangenen Wahlen und die Gründe für das gute Abschneiden der Partei aufzeigte, widmete sich Finanzdirektor Peter Hegglin den Fragen, die sich aktuell nach seiner Wahl in den Ständerat stellen. So wird er in der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren das Präsidium auf die Plenarversammlung Ende Januar hin abgeben. Und Ende Februar, nach der Erwirkung des Resultats der Ersatzwahlen, wird er das Regierungsratsamt seinem Nachfolger übergeben.